

Forum

Wie lang ist Putins Atem?



THEODOR H. WINKLER

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine ist zum Abnützungskrieg geworden. Die russische Fähigkeit, Kriegsmaterial zu produzieren, steht dabei der Bereitschaft des Westens gegenüber, Kriegsmaterial an die Ukraine zu liefern. Um in dieser Materialschlacht zu siegen, hat Russland seine Wirtschaft in eine Kriegswirtschaft überführt. Auf westlicher Seite überschattet eine mögliche Wiederwahl Donald Trumps die Perspektiven. Auch eine Rückgewinnung der republikanischen Mehrheit im Senat und die Bewahrung ihrer Mehrheit im Repräsentantenhaus kann nicht ausgeschlossen werden. Ob der Verzicht Bidens auf die Nomination etwas ändert, bleibt

abzuwarten. Immerhin hat Kamala Harris einen fulminanten Start hingelegt. Die NATO und Europa haben konkrete Schritte unternommen, ihre Rüstungsproduktion stark zu erhöhen. Das wird jedoch Zeit und politischen Willen erfordern. Beides steht nicht unbedingt zur Verfügung. Der Westen ist sich des schweren Drucks, der auf ihm lastet, bewusst. Hat Wladimir Putin gewonnen? Wir sollten keinesfalls den Druck, der umgekehrt auch auf Putin lastet, übersehen. Kann Putin den Krieg unbegrenzt fortführen? Ist die Zeit wirklich auf seiner Seite? Wo sind seine Schwachstellen – und wie betrifft das die Schweiz?



ALT-BOTSCHAFTER DR. THEODOR H. WINKLER gilt als sicherheitspolitischer Vordenker der Schweiz (Neue Zürcher Zeitung). Er ist einer der Architekten der modernen Schweizer Sicherheitspolitik, geistiger Vater der Genfer Zentren des Bundes für Sicherheitspolitik (GCSP), humanitäre Minenräumung (GICHD) und gute Regierungsführung im Sicherheitsbereich (DCAF) sowie der grosszügigen «Maison de la Paix» im Herzen des internationalen Genfs. Er leitete das DCAF von 2000–2016 und machte das Zentrum zu einer der ersten Adressen der Welt. Sein jüngstes Buch, «Zeitenwende – Russland und Chinas Griff nach der Weltmacht» (ISBN 978-3-643-80339-9), stellt den fundamentalen Wandel in unserem strategischen Umfeld und dessen Konsequenzen für unser Land, seine Aussenpolitik, die Neutralität und unsere Armee dar.
E-Mail: thewinklers@bluewin.ch

Die Umstellung der russischen Wirtschaft auf eine Kriegswirtschaft, die über 109 Milliarden USD (oder mehr als ein Drittel der gesamten russischen Staatsausgaben) verschlingt, hat in Russland trotz der westlichen Sanktionen und dem verlustreichen Krieg 2022 und 2023 zu einem respektablen Wachstum von über 3 Prozent pro Jahr geführt. Die Arbeitslosigkeit wich einer Vollbeschäftigung. Da Arbeitskräfte (gelernte wie ungelernete) mittlerweile knapp sind, sind die Löhne pro Kopf um über 20 Prozent gestiegen. Das Angebot an Wohnungen und Konsumgütern ist anfänglich angewachsen. Bestehende Lager wurden geleert und auf den Markt geworfen. Entsprechend breit war die Zustimmung für Putin in weiten Teilen der Gesellschaft. Die Panik, die die Mobilmachung kurz nach Kriegsbeginn verursacht hatte und Hunderttausende zur Flucht in Anrainerstaaten bewegte, scheint überwunden. Das alles stärkt die Position des russischen Diktators, der sich unbezwingbar und siegessicher gibt.

Schaut man aber genauer hin, so bröckelt es hinter dieser anscheinend heilen Fassade.

«Schaut man aber genauer hin, so bröckelt es hinter dieser anscheinend heilen Fassade.»

Da ist vor allem das Beispiel der Sowjetunion, die sich zu Beginn der 1980er-Jahre in einem unerbittlichen Wettüben mit den USA und der NATO befand. 1980 schrieb ich am Londoner Institut für strategische Studien (IISS) einen Artikel zum Thema: «The Tottering Empire» (deutscher Titel: «Weltmacht in Bedrängnis. Probleme der Sowjetunion in den 80er-Jahren»)¹, der in der «Internationalen Wehrrevue» und im «Strategic Survey», dem Jahrbuch des IISS, erschien. Ich schaute mir die Sowjetwirtschaft im Detail an. Die UdSSR konnte sich das Wettüben schlicht nicht leisten, so meine Erkenntnis. Sie musste zwischen militärischer Stärke und innerer Sicherheit wählen. Ich kam zum Schluss, dass sie bankrottgehen werde, sofern sie nicht bis spätestens 1985 einen neuen Kurs einschlagen werde. Moskau war im Begriff, sich zu Tode zu rüsten. Im März 1985 wurde dann Mikail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU gewählt und versuchte, in letzter Minute durch «Perestroika» und «Glasnost» das Ruder herumzuwerfen. Er wählte einen Kurs der Entspannung mit dem Westen und gab Osteuropa auf. Die Mauer

fiel. Der Warschauer Pakt löste sich auf. Deutschland wurde wiedervereinigt.

Es war eine dringend notwendige Kurskorrektur – aber sie kam letztlich zu spät. Und, um Gorbatschow zu zitieren: «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.» Im August 1991 putschten die konservativen Kräfte gegen Gorbatschow. Der Putsch scheiterte. Die UdSSR war als Folge dieser Ereignisse aber zutiefst geschwächt und löste sich unter Boris Jelzin in 15 Teilstaaten auf. Die Bevölkerung schrumpfte von den 280 Millionen der Sowjetunion auf die knapp 140 Millionen Russlands. Insgesamt leben rund 30 Millionen Russen ausserhalb Russlands – davon 8,3 Millionen in der Ukraine. Das russische BIP stagnierte gemäss der Welt handelsorganisation (WTO), ja sank sogar in den Jahren von 1991 bis 2021 von etwas über 2 Billionen USD auf 1,7 Billionen USD (während sich das amerikanische BIP im gleichen Zeitraum von 5,8 Billionen USD auf 27 Billionen verfünffachte). Moskau wurde von einer Welt- zu einer Regionalmacht.

Putin erlebte dies als KGB-Offizier in Dresden aus nächster Nähe mit. Es erschien ihm als die grösste geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Er sieht es als seine zentrale Lebensaufgabe an, diesen Prozess rückgängig zu machen. Er sucht seinen Platz in der Geschichte – und zwar einen Platz des Rangs von Iwan dem Schrecklichen oder Peter dem Grossen. Es ist ihm klar, dass Russland nur dann wieder zur Grossmacht werden kann, die mit China und den USA konkurrieren kann, wenn es ihm gelingt, Europa zu dominieren.

«Wladimir Putin sucht für Russland die Macht und den Einfluss, den die UdSSR gehabt hatte. Kein wichtiger internationaler Entscheid soll auf der globalen Ebene ohne den Kreml gefällt werden können.»

Der erste Schritt dazu musste die Wiederherstellung der russischen Hegemonialposition über die Nachfolgestaaten der alten UdSSR sein. Putin ist kein Kommunist, sondern ein Nationalist. Die Sowjetunion ist ihm gleichgültig – aber nicht Russland. Wladimir Putin sucht für Russland die Macht und den Einfluss, den die UdSSR gehabt hatte. Kein wichtiger internationaler

Entscheid soll auf der globalen Ebene ohne den Kreml gefällt werden können.

Belarus steht bereits unter russischer Vorherrschaft. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es sich mit diesem zusammenschliesst. Teile Moldawiens und Georgiens sind von Russland besetzt, bzw. annektiert. In Zentralasien rivalisiert Russland mit China (und teilweise mit der Türkei) um Einfluss. Die Ukraine, die schon der Krim beraubt wurde und deren östliche – vor allem von ethnischen Russen bevölkerten – Oblaste sich mit russischer Hilfe im bewaffneten Aufstand gegen Kiew befanden, musste das nächste Ziel sein. Bevölkerungszahl, Fläche und Wirtschaftskraft machten aus der Ukraine den nach Russland wichtigsten Nachfolgestaat der Sowjetunion. Die russischen Nachrichtendienste prophezeiten nur geringen Widerstand, der in wenigen Tagen niedergeworfen werden könne.

Putin drohte in den ersten Tagen des Krieges daher auch nachdrücklich, dem Angriff auf Kiew, Invasionen in den baltischen Staaten, im ehemaligen europäischen Glacis und Polen (ja gar der ehemaligen DDR) folgen zu lassen. Für ihn sind dies Elemente der gleichen strategischen Absicht.

Es kam anders – ganz anders

Statt binnen weniger Tagen den Russen in die Hände zu fallen, leistet die Ukraine seit bald 1000 Tagen erbitterten Widerstand. Der Ausgang bleibt ungewiss, die Opfer, die der Krieg finanziell, materiell und an Gefallenen fordert, sind gewaltig. Putin sah sich gezwungen, entweder alle Ressourcen des Landes zu bündeln und die russische Wirtschaft in eine Kriegswirtschaft zu überführen, oder sich geschlagen zu geben. Er wählte, wie seine Vorgänger in der Ära Breschnew, die Konfrontation. Sein Wille, sich einen Platz in der Geschichte zu sichern, ist der Faktor, der sein Tun bestimmt. Eine Niederlage gegen die Ukraine hat keinen Platz in diesem Weltbild. Putin dürfte sich im Falle einer Niederlage auch nicht mehr an der Macht halten können. Es geht für ihn auf den Schlachtfeldern der Ukraine schlicht um alles.

Es erstaunt, dass Putin die Risiken einer Konfrontation mit dem Westen völlig falsch einschätzte. Das Beispiel

der UdSSR meinte er ignorieren zu können. Für ihn (und auch Xi Jinping) hat die liberale Demokratie die Kraft und die Fähigkeit verloren, die Weltpolitik zu bestimmen. Dekadent, unentschlossen und zu ernsthaftem Widerstand nicht mehr in der Lage und willens, sieht Putin sie nicht mehr fähig, seine Pläne zu durchkreuzen. Der Brexit, die Rückzüge aus Afghanistan und dem Irak, die schwachen Reaktionen auf die Gleichschaltung von Hongkong und die Besetzung der Krim, die Verdrängung Frankreichs aus Afrika, seine geglückte Verteidigung von Assad und sein Fussfassen in Libyen, das Erstarken der Rechtspopulisten und das politische Chaos in den USA – all dies schien seine Lageeinschätzung zu bestätigen.

US-Präsident Bidens Entschluss, die Ukraine nachhaltig militärisch zu unterstützen, war für den Kreml

ein Schock. Der Vorstoss Richtung Kiew musste unter schweren Verlusten abgebrochen werden. Der Krieg wurde zur Abnutzungsschlacht um den Besitz der östlichen Ukraine und verschlingt immer

grössere Mengen an Finanzen, Munition, Material und Menschenleben (Russland verlor gemäss den amerikanischen und britischen Geheimdiensten allein in den letzten zwei Monaten über 70 000 Mann, seit dem Beginn des Krieges 500 000 – 700 000 Mann oder 2 Prozent der männlichen russischen Bevölkerung im wehrfähigen Alter). Der Krieg ist kostspieliger als alle Konflikte Russlands seit dem Zweiten Weltkrieg zusammen.

Bleiben die Erfolge auf dem Schlachtfeld aus, so wird die russische Bevölkerung in einem Umfeld, das von Steuererhöhungen und einer sich zunehmend verschlechternden Wirtschaftslage geprägt wird, unruhig werden. Die steigenden Einkommen, die besseren Wohnungen, die Pässe, die den Russen die Möglichkeit gaben, zu reisen – auf all das dürfte der russische Normalverbraucher, aber vor allem der Mittelstand, auf Dauer nicht zu verzichten bereit sein. In Russland dürfte es, wenn das Land einen dritten Kriegswinter durchleben muss, zu Rumoren beginnen – ganz besonders, wenn es Kiew gelingt, mit modernen Waffen Angriffe bis tief nach Russland hineinzufliessen. Die ukrainischen Drohnen und Mittelstreckenraketen haben

«Der Krieg ist kostspieliger als alle Konflikte Russlands seit dem Zweiten Weltkrieg zusammen.»

«Bleiben die Erfolge auf dem Schlachtfeld aus, so wird die russische Bevölkerung in einem Umfeld, das von Steuererhöhungen und einer sich zunehmend verschlechternden Wirtschaftslage geprägt wird, unruhig werden.»

bereits rund 30 Prozent der russischen Raffineriekapazität zerstört oder beschädigt. Der kommende Winter droht nicht nur in der Ukraine kalt zu werden.

Putin blieb nur der Übergang zur Kriegswirtschaft. Im Juni 2023 verabschiedete die Duma, Russlands Parlament, Gesetze, die es der Regierung gestatten, Betriebe zur Herstellung von Kriegsmaterial zu verpflichten. Arbeiter können zu Überstunden und Ferienverzicht gezwungen werden. Das Ersetzen von Verteidigungsminister Schoigu durch den Industrieexperten Andrej Beloussow signalisierte und symbolisierte den Wandel. Seine Aufgabe ist aber alles andere als leicht.

«Putin blieb nur der Übergang zur Kriegswirtschaft.»

Die russischen Wirtschaftsaussichten sind düster

Die russische Volkswirtschaft überhitzt. Arbeitskräfte fehlen an allen Ecken und Enden. Das Wachstum von Russlands BIP, das die fetten Rüstungsaufträge anfänglich hatte anschwellen lassen, sackt gemäss den Berechnungen der WTO 2024 auf weniger als einen Drittel des Wertes von 2023 ab (von 3,6 Prozent auf geschätzte 1,1 Prozent). Für 2025 und 2026 sind die Perspektiven ebenfalls nicht berauschend (je 1,5 Prozent). Ressourcen sind knapp. Die russische Wirtschaftsbasis ist für Putins Ambitionen mehr als eng. Das russische BIP entspricht nur gut zwei Mal jenem der Schweiz. Das amerikanische Verteidigungsbudget ist mit über 900 Milliarden USD mehr als acht Mal grösser als das russische. Auch gegenüber China fällt Russland immer mehr in Rückstand. Beijing weist ein BIP von gut 15 Billionen USD auf und hat seine Rüstungsausgaben auf rund 300 Milliarden USD im Jahr angehoben. Putin verliert wegen seiner Invasion der Ukraine wirtschaftlich dramatisch an Boden gegenüber den USA und der Volksrepublik China. Das macht

ihn insbesondere auch zum «Junior Partner» im Verhältnis zu China. Es ist eindeutig China, das den Ton angibt, nicht Russland. Xi dürfte erkennen, dass die Abhängigkeit Russlands von China umso stärker wird, je länger der Krieg dauert. Die Zeit ist nicht auf Putins Seite.

«Die russische Wirtschaftsbasis ist für Putins Ambitionen mehr als eng.»

In Russland stieg die Inflationsrate, nachdem die Lager an Konsumgütern einmal aufgebraucht waren, gemäss der WTO von 3,5 Prozent im Frühling 2024 auf 8,6 Prozent im Juni; bis Ende Jahr wird sie weiter anschwellen (auf 9 – 10 Prozent). Die Leitzinsen wurden von der russischen Zentralbank im Juli von den schon sehr hohen 16 auf 18 Prozent angehoben. Die ausländischen Firmen haben sich aus Russland zurückgezogen. Der Zugang zu neuesten Technologien ist deutlich erschwert. Diese stehen zuoberst auf den Sanktionslisten des Westens. Die westlichen Sanktionen haben Russland nicht über Nacht zum Aufgeben gezwungen. Sie entwickeln ihre volle Wirkung aber über die Zeit. Und sie werden zudem stetig weiter verschärft (bisher wurden 14 Sanktionspakete von den westlichen Demokratien gegen Russland erlassen; weitere werden folgen). Und sie verschliessen auch zunehmend die Umgehungswege über mit Russland befreundeten Staaten (wie China und Indien). Diese wollen ihrerseits nicht zum Ziel amerikanischer Sanktionen werden.

Die Steigerung der russischen Wirtschaftstätigkeit beruht auf der Produktion von Munition, Panzern und anderem Kriegsggerät. Nichts von dem kommt dem Normalbürger zugute. Im Gegenteil, das Geld, das in die Rüstung fliesst, steht nicht mehr für die Sozialausgaben und die Produktion von Konsumgütern zur Verfügung. Diese werden knapp (und damit teurer). Die Inflation schießt in die Höhe. Die Russen werden verarmen. Der Prozess ist in vollem Gange.

«Die Steigerung der russischen Wirtschaftstätigkeit beruht auf der Produktion von Munition, Panzern und anderem Kriegsggerät. Nichts von dem kommt dem Normalbürger zugute.»

Zweifelhafte Allianzen

China hat mit Russland eine «grenzenlose» Freundschaft abgeschlossen. Es bestehen in Tat und Wahrheit aber gewichtige Divergenzen zwischen den beiden: So lehnt China den vom Kreml immer wieder angedrohten Einsatz von Nuklearwaffen im Konflikt zwischen der Ukraine und Russland strikt ab und weigert sich auch, Russland Waffen zu liefern. Es hat aber den Handel mit Moskau um gut einen Drittel auf 240 Milliarden USD angehoben. Insbesondere kauft es Russland grosse Teile des Erdgases und des Erdöls ab, das dieses zuvor an Europa geliefert hat, und versorgt Russland mit moderner Technologie, Chips und allen möglichen «Dual Use»-Technologien. Das alles hat Russland zunehmend von China abhängig gemacht – und gibt diesem die Möglichkeit, Russland vor vollendete Tatsachen zu stellen: Chinesen siedeln sich in grosser Zahl in Sibirien an; ein offizieller Atlas der chinesischen Regierung schlägt im Fernen Osten rund 120 Quadratkilometer russischen Territoriums zu China; Xi Jinping kauft zudem die russischen Energielieferungen nicht zu Weltmarktpreisen ein, sondern zu dem sehr viel tieferen Preis, den die russische Bevölkerung für Erdgas und Erdöl aus dem eigenen Land bezahlt. Das lässt kaum noch Gewinnmargen zu. Gazprom, das in der Vergangenheit bis zu 10 Prozent des russischen Staatshaushalts erwirtschaftete, machte letztes Jahr erstmals ein Milliarden-Defizit (von 7,4 Milliarden USD). Die Zukunft sieht nicht besser aus.

Putin muss deswegen sicher mit den Zähnen knirschen. Der Anspruch Chinas auf praktisch die ganze süd- und ostchinesische See trifft auch Russland. In Zentralasien sind die beiden totalitären Staaten offene Konkurrenten. Die Liebe zwischen den beiden Diktatoren ist kalkuliert, nicht ohne Hintergedanken und von schlechten Absichten getragen. Jüngstes Beispiel ist der Entscheid Chinas, seine Banken nicht mehr unbeschränkt Kredite an russische Unternehmen vergeben zu lassen.

Nicht nur China ist jedoch ein Verbündeter, der mindestens so viele Probleme

China hat mit Russland eine «grenzenlose» Freundschaft abgeschlossen. Es bestehen in Tat und Wahrheit aber gewichtige Divergenzen zwischen den beiden: So lehnt China den vom Kreml immer wieder angedrohten Einsatz von Nuklearwaffen im Konflikt zwischen der Ukraine und Russland strikt ab und weigert sich auch, Russland Waffen zu liefern. Es hat aber den Handel mit Moskau um gut einen Drittel auf 240 Milliarden USD angehoben. Insbesondere kauft es Russland grosse Teile des Erdgases und des Erdöls ab, das dieses zuvor an Europa geliefert hat, und versorgt Russland mit moderner Technologie, Chips und allen möglichen «Dual Use»-Technologien. Das alles hat Russland zunehmend von China abhängig gemacht – und gibt diesem die Möglichkeit, Russland vor vollendete Tatsachen zu stellen: Chinesen siedeln sich in grosser Zahl in Sibirien an; ein offizieller Atlas der chinesischen Regierung schlägt im Fernen Osten rund 120 Quadratkilometer russischen Territoriums zu China; Xi Jinping kauft zudem die russischen Energielieferungen nicht zu Weltmarktpreisen ein, sondern zu dem sehr viel tieferen Preis, den die russische Bevölkerung für Erdgas und Erdöl aus dem eigenen Land bezahlt. Das lässt kaum noch Gewinnmargen zu. Gazprom, das in der Vergangenheit bis zu 10 Prozent des russischen Staatshaushalts erwirtschaftete, machte letztes

«Nordkorea kann mit dem Einsatz seiner Raketen gegen die Ukraine seine ballistischen Geschosse und Raketen unter operativen Echtzeitbedingungen testen.»

«Die Liebe zwischen den beiden Diktatoren ist kalkuliert, nicht ohne Hintergedanken und von schlechten Absichten getragen.»

aufwirft, wie er löst. Nordkorea hat es wegen Putins Krieg geschafft, ein formeller Verbündeter Russlands zu werden. Der bilaterale Handel ist auf rund 60 Milliarden USD angewachsen. Pjöngjang hat im Gegenzug Raketen und Munition, deren Transport mehr als 10 000 Container beanspruchte, geliefert. Ferner soll die Entsendung eines Kontingents (von noch unbekannter Grösse) nordkoreanischer Truppen zur Unterstützung Russlands an die Ukrainefront geplant sein. Der Deal ist von zweifelhaftem Wert: Nordkoreanische 152 mm-Munition soll gemäss Angaben der südkoreanischen Armee notorisch ungenau sein (mehr als die Hälfte der Geschosse soll ihre Ziele verfehlen, über 20 Prozent sollen Blindgänger sein). Zahlenmässig sind die Lieferungen aber beeindruckend: 2023 verschoss die russische Artillerie gemäss dem amerikanischen Geheimdienst rund 11 Millionen Granaten. Die Zahl stieg bei den Angriffen der letzten zwei Monate auf 2 Millionen Schuss pro Monat. Die russischen Munitionsreserven sind daher auf einige wenige Millionen Schuss zusammengeschrumpft; Pjöngjang habe in dieser Situation 3 Millionen Schuss geliefert und baue die Sendungen noch weiter aus.

Nordkorea kann mit dem Einsatz seiner Raketen gegen die Ukraine seine ballistischen Geschosse und Raketen

unter operativen Echtzeitbedingungen testen. Vor allem aber hat Putin Russlands Sicherheit in die Hände eines mental instabilen Diktators gelegt. Nordkorea kann jederzeit einen Krieg mit dem Süden des geteilten Landes vom Zaun reissen. Das

nordkoreanische Nuklearpotenzial von geschätzten 100 Nuklearsprengkörpern kann, wenn es gegen US-Stützpunkte im Pazifik eingesetzt wird (oder gar gegen die kontinentalen USA), zu einem grossen nuklearen Schlagabtausch führen. Dass Putin sich auf einen solchen Deal überhaupt einlässt, zeigt, wie schmal die

Basis seiner Armee geworden ist. Für eine gross angelegte Offensive dürfte seine Kräfte zu schwach sein – sofern der Westen die Ukraine nicht hängen lässt. Selbst Russlands Fä-

higkeit, den ukrainischen Vorstoss zu stoppen, kann Russlands Kräfte übersteigen.

Nicht weniger problematisch ist das Quasi-Bündnis mit Iran, das Putin eingegangen ist – erneut, um in beträchtlichem Ausmass Rüstungsgüter (vor allem Drohnen) zu erhalten. Eine iranische Atombombe ist in Entwicklung. Sie liegt nicht in Russlands Interesse. Im Kreml verdrängt der Krieg kühles Abwägen durch kurzfristiges Denken. Das ist brandgefährlich und wird sich rächen.

«Im Kreml verdrängt der Krieg kühles Abwägen durch kurzfristiges Denken. Das ist brandgefährlich und wird sich rächen.»

Russland (und vor ihm die Sowjetunion) waren hinter den USA der zweitgrösste Exporteur von Rüstungsgütern. Das Land exportierte zwischen 2018 und 2020 Waffen (darunter 400 Kampfflugzeuge) im Wert von 28 Milliarden USD in 45 Länder dieser Welt. Das sicherte ihm nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern auch militärischen und politischen Einfluss. Mit dem Beginn des Kriegs zwischen Russland und der Ukraine brachen diese Exporte dramatisch auf die Hälfte ein. Russland benötigte die Produkte seiner Waffenschmieden selbst. Indien, China, Ägypten, Algerien und Saudi-Arabien – die Hauptabnehmer russischer Waffen – konnten nicht mehr bedient werden. Mit Ausnahme von China wandten sich die meisten von Moskaus Kunden an die USA, um ihre Bedürfnisse zu decken. Das bedeutete gleichzeitig, dass Russlands Einfluss in wichtigen Staaten (wie Indien) schwand, derjenige der USA anstieg. Der Krieg hatte negative Folgen für Russlands Platz in der Welt. Mit solchen Folgen hatte Putin nicht gerechnet.

Begrenzte Kapazitäten der russischen Rüstungsindustrie

Es ist in eine offene Frage, ob Russlands wachsende Rüstungsindustrie – trotz der massiven Investitionen – in der Lage ist, genügend Rüstungsgüter zu produzieren, um den explodierenden Bedarf der russischen Streitkräfte zu decken. Russland verfügte bei Kriegsbeginn nach Schätzungen des britischen Geheimdienstes über rund 4000 moderne Panzer und vielleicht 12 000 veraltete Modelle aus dem Kalten Krieg. Die UdSSR hatte seinerzeit, um das Ab-

kommen über konventionelle Rüstung in Europa (CFE) zu umgehen, rund 100 000 Panzer, Schützenpanzer, Artilleriesysteme, Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber hinter den Ural verlegt, wo sie durch die Vereinbarung nicht erfasst wurden, aber mangels geeigneter Depots zum Teil auf offenem Feld abgestellt wurden und wo sie ohne Wartung den Naturgewalten ausgesetzt waren. Daher zeigen sie alle erhebliche Standschäden. Der amerikanische Militärgedienst DIA präsentierte mir bei einem Besuch in Washington Satellitenbilder, die aufzeigten, wie dieses Material im Permafrost versank. Zu den – je nach Quelle und Schätzung – 20 bis 30 modernen Kampfpanzern, die Russland heute in der einzigen aus Sowjetzeiten übrig gebliebenen Fabrik (Uralwagonsawod in Nischli Tagil in Sibirien) monatlich produziert, kommen pro Jahr noch rund 1000 nur minimal überholte ehemals sowjetische Panzer hinzu. Dem stehen Verluste von fünf (und mehr) Panzern pro Tag gegenüber. Die Verluste übersteigen die Produktion an modernem Material also um das Fünffache. Die Flotte moderner Kampfpanzer mit denen Russland den Krieg begann, ist heute faktisch bis auf geschätzte 1000 Stück vernichtet. Die knappe Eigenproduktion kann die Lücke nicht schliessen.

«Die Zivilbevölkerung dürfte ob der Kosten und Auswirkungen der Kriegswirtschaft zunehmend kriegsmüde werden.»

Die russischen Panzerverbände erleiden daher einen technischen Rückschritt. Die T-72 und T-62 (wenn nicht gar T-55), die zwei Mal und mehr älter sind als ihre Besatzungen, werden zusehends wieder zur Standardausrüstung der Panzerverbände. Und: Auch die Lager an altem Sowjetmaterial leeren sich schnell. Die Wiederauffrischung der alten Modelle verlangt nach Ersatzteilen, die anderen Modellen entnommen werden müssen. Westliche Experten schätzen, dass Ende 2025 die Krise kommen wird. Jeder moderne russische Kampfpanzer der jüngsten Generation (T-14 Armata) kostet den Kreml beinahe 5 Millionen USD. Es gibt in der Reserve des russischen Generalstabes gerade mal 100 Stück davon. Die gepanzerten Verbände sind veraltet und personell erschöpft. Die zwar zahlreichen, aber schlecht ausgebildeten und aus den verschiedensten Elementen zusammengewürfelten Truppen-

verbände sind ausgezehrt. Die Zivilbevölkerung dürfte ob der Kosten und Auswirkungen der Kriegswirtschaft zunehmend kriegsmüde werden. Auch Putins Bäume wachsen nicht in den Himmel.

Es ist offensichtlich, dass die Kriegslogistik, der Stand der Waffentechnologie und der Zustand der Truppe lediglich drei von mehreren Faktoren sind, die ein Kriegsgeschehen beeinflussen. Dennoch haben sie einen Impact auf die Geschehnisse auf dem Schlachtfeld und auch auf die Politikbereiche eines Landes. Die Aus- und Rückwirkungen der verschiedenen kriegsbestimmenden Faktoren lassen sich aufgrund von theoretischen Modellen und Erfahrungen zwar abschätzen, aber nie im Detail prognostizieren, weil ein Krieg unberechenbar ist und die Geschichte und die Gegenwart stets komplexer sind als wir jeweils erfassen können.

Dieser Artikel konzentriert sich unter diesen Voraussetzungen auf Russland – im Wissen darum, dass niemand die effektiven Bestände in den Arsenalen und Kasernen Russlands kennt und dass auch die Einschätzung der Situation und der Entwicklung der Ukraine und des Westens nicht einfach ist und kontextualisiert werden muss.

Nirgends ist das so evident wie den Verlusten der Streitkräfte. Engpässe zeichnen sich im Bestand an Mannschaften ab. Zuerst versuchte Putin, durch die Anheuerung privater bewaffneter Verbände, die notwendige Anzahl von Soldaten zu mobilisieren. Die Wagner Gruppe war die bedeutendste dieser Einheiten (aber bei Weitem nicht die einzige). Sie trug die Hauptlast der Einsätze im Jahre 2022. Ihre Verluste wurden durch die Rekrutierung von Verbrechern aus den Straflagern ausgeglichen. Schlecht versorgt und auf dem Gefechtsfeld als Kanonenfutter missbraucht (wer nicht nach vorne stürmte, wurde von den regulären russischen Truppen der zweiten Welle erschossen), meuterte die Truppe schliesslich und marschierte auf Moskau zu. Bei Smolensk wurde die Kolonne gestoppt und zur Umkehr bewogen. Ihr Kommandant Sergei Prigoschin

(«Putins Koch») wurde durch einen «Flugunfall» aus dem Weg geräumt. Die Verbände der Privatarmee wurden grossteils nach Afrika verlegt. Die Wagner Gruppe entsprach der tief verwurzelten Furcht der KP vor «Bonapartismus».

Es war nachvollziehbar, dass der nächste Versuch, die Armee auszubauen, auf einer Teilmobilmachung beruhen musste. 300 000 Mann sollten aufgeboden werden. Die Sache lief völlig schief. Beinahe eine Million

junger Männer flohen in Nachbarstaaten. Putin liess die Sache im Sand verlaufen. Das Ziel von 300 000 wurde offiziell nie erreicht. In Tat und Wahrheit aber, weil die Rekrutierungen nie abgebrochen wurden, in aller Stille weit überschritten. Eine neue Politik zielte darauf ab, die Streitkräfte um mindestens 300 000 Mann aufzustocken und die Bestandes-

lücken mit jedermann zu füllen, dessen man habhaft werden konnte, ohne dabei politische Widerstände zu wecken. Die Rekrutierung von russischen Freiwilligen als Vertragssoldaten lieferte nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums angeblich pro Tag 1000 Mann. Diese Zahl entpuppt sich jedoch mit dem heutigen Wissensstand als übertrieben. Seit Beginn des Jahres 2024 meldeten sich nicht 70 000, sondern lediglich 30 000 Mann zu den Waffen. Der finanzielle Anreiz, den die russische Armee geschaffen hatte (75 000 Franken Sold pro Jahr), hat angesichts der explodierenden Inflation und dem Absturz des russischen Rubels auf den internationalen Finanzmärkten deutlich an Attraktivität verloren. Die benötigten Mannschaften zu finden, wird ein immer teureres Unterfangen. Putin geht daher unorthodoxe Wege. 50 000 Gurkhas wurden direkt in Nepal angeworben, aber auch Tausende von Kubanern (die ein Monatsgehalt von über 4000 USD erhalten – rund hundert Mal mehr als ein durchschnittlicher Arbeiter in Kuba bekommt) Serben, Afrikanern, Indern, Zentralasiaten, Venezolanern, die sich zufälligerweise in Russland aufhielten, wurden zwangsverpflichtet und sahen sich bald – meist zu ihrer grossen Überraschung – an der Front in der Ukraine wieder.

«Die Aus- und Rückwirkungen der verschiedenen kriegsbestimmenden Faktoren lassen sich aufgrund von theoretischen Modellen und Erfahrungen zwar abschätzen, aber nie im Detail prognostizieren, weil ein Krieg unberechenbar ist und die Geschichte und die Gegenwart stets komplexer sind als wir jeweils erfassen können.»

Putin gelang es, das Thema Rekrutierung zu entkräften – aber wohl nicht auf Dauer. Er hat mit seinen ununterbrochenen Angriffen auf die ukrainischen Stellungen (gegenwärtig über 100 am Tag) verzweifelt versucht, die ukrainischen Linien zu durchbrechen und in die Tiefe des ukrainischen Raums vorzustossen. Im Sommer kostete ihn dies 1200 Mann pro Tag. Die Gesamtkosten der finanziellen Anreize, die Putin für die Rekrutierung neuer Freiwilliger, die Aufstockung des Soll-Bestandes der Armee sowie die Kosten der Entschädigung, die der russische Staat an die Familien von gefallen Soldaten pro Jahr entrichten muss, belaufen sich heute auf mehr als 36 Milliarden USD. Auf die Dauer kann nicht einmal ein Autokrat wie Putin sich das leisten.

Geradezu naiv-hilflos erscheint in diesem Zusammenhang Putins Appell an die russischen Frauen, 6 – 9 Kinder zu gebären. Realistischer als ihr Diktator, geben diese sich mit 1,4 Kindern zufrieden. Das ist einer der niedrigsten Werte in Europa. Er platziert die Russen im hinteren Drittel der europäischen Staaten. Die Lebenserwartung der Männer sinkt gleichzeitig. Russlands Bevölkerung torkelt gemäss der UNO auf einen Bestand von 126 Millionen Einwohnern im Jahre 2100 zu (wenn nicht sogar noch weniger). Indien und andere von Russlands Zwangsrekrutierungen betroffene Staaten haben zudem mit Nachdruck von Putin die Entlassung ihrer Bürger aus dem russischen Wehrdienst verlangt. Der Kreml-Herr musste klein begeben.

Der ukrainische Angriff auf Kursk, der Putin völlig überraschte, zeigte zudem die schlechte Bereitschaft der russischen Streitkräfte, deren grosse Mühe, mit Un erwartetem umzugehen und ihren völligen Mangel an Flexibilität auf. Der ukrainische Zug war ein Schlag in Putins Gesicht.

Das Bild, das sich Putin heute bietet, ist alles andere als rosig – sofern der Westen bei seiner Unterstützung der Ukraine bleibt. Der Ukrainekrieg wird für Putin vom nächsten Jahr an immer abenteuerlicher. Die untergehende Sowjetunion hat gezeigt, dass Moskau die Rüstungsausgaben nicht einfach in den Himmel wachsen lassen kann. Putin muss damit rechnen, dass der Unmut der Bevölkerung parallel zu der wirtschaftlichen Verschlechterung mit der Zeit wieder ansteigt. Die westliche Waffentechnik ist überlegen. Indien und China stechen Russland wirtschaftlich immer stärker

aus. Geht die Rechnung nicht bald auf für Putin, so steigt auch das Risiko eines Putsches gegen ihn. Für ihn steht nicht nur seine Vision, sondern alles auf dem Spiel: Sein Platz in der Geschichte, seine Macht, ja gar sein Leben.

«Putin muss damit rechnen, dass der Unmut der Bevölkerung parallel zu der wirtschaftlichen Verschlechterung mit der Zeit wieder ansteigt.»

Putins Strategie im nächsten Jahr und Implikationen für die Schweiz

Putin ist gezwungen, im nächsten Jahr zwei parallele Strategien zu verfolgen.

Zum einen, versucht er mit allen Mitteln die politische Landschaft im Westen zu verändern. Er führt einen umfassenden – und wirksamen – hybriden Informationskrieg gegen den Westen. Marine Le Pen hatte bei den letzten französischen Präsidentschaftswahlen nachweislich 9 Millionen Euro von Russland erhalten (vermutlich sogar mehr). In den vergangenen Parlamentswahlen dürften es kaum weniger gewesen sein. In den Niederlanden erhielt Geert Wilders massive Unterstützung. Die Slowakei und Bulgarien, aber auch die AfD und andere rechtsradikale Parteien in ganz Europa wurden vom FSB unterstützt. Putin unterhält ausgezeichnete Beziehungen zu Viktor Orban (der die Ratspräsidentschaft der EU in der zweiten Hälfte 2024 schamlos dazu nutzt, einen Sonderzug zu fahren) und vermutlich auch zu Donald Trump. Ein Wahlsieg Donald Trumps gegen Kamala Harris würde Wladimir Putins Probleme lösen. Er wird alles tun, ihn zu fördern. Europa muss sich darauf vorbereiten. Dazu wäre eine Rückkehr zur westlichen Wertegemeinschaft nötig.

Trump muss aber heute in einem stark veränderten politischen Umfeld politisieren. Er ist jetzt der älteste Bewerber um die amerikanische Präsidentschaft. Er – und nicht mehr Biden – muss sich vor Versprechern, Schwächezeichen und Irrtümern fürchten. Die wahlentscheidenden Bevölkerungsgruppen – primär die Frauen (vor allem die Vorstadtfrauen), Minderheiten, Jugendliche und Intellektuelle neigen instinktiv zu Harris. Sie sind für Trump nicht einfach anzusprechen. Sie kommen in seinem Weltbild nicht vor. Er hat allzu

lange leichte Siege über schwache Gegner verbuchen können. Er hat nur für seine Stammwähler den richtigen Ton gefunden. Die Drohung mit Gewalt, einem Bürgerkrieg und Rache müsste die Unentschlossenen für Harris stimmen lassen. Die Vizepräsidentin Bidens hat das Spiel neu gemischt.

Der Schulterschluss der westlichen Demokratien wird durch eine konsequente Desinformationskampagne des Kremls gezielt behindert. Hacker und Manipulatoren aller Art werden eingesetzt. Auch vor dem Einsatz von Terroristen und offener Gewalt schreckt Putin nicht zurück. Auch die Schweiz wurde schon Opfer solcher Angriffe (Hacken des Computersystems des EDA; Verhaftung eines russischen Diplomaten, der sich Waffen und Munition beschaffte, die für einen Anschlag auf die RUAG bestimmt waren). Russlands Angriff auf den Westen hat längst begonnen. Die Kolonie russischer Spezialkräfte und Spione hat in den letzten Jahren stark zugenommen (gerade auch in der Schweiz). Diese 5. Kolonne muss ausgehoben und ausgewiesen werden.

«Der Schulterschluss der westlichen Demokratien wird durch eine konsequente Desinformationskampagne des Kremls gezielt behindert.»

Zum anderen versucht Putin, den Westen militärisch auszutricksen. Das elektronische Gefechtsfeld wird mit Störsendern aller Art dominiert. Drohnen des Gegners und Raketen werden elektronisch gestört, ihre Zielgenauigkeit reduziert und dadurch als Waffen in ihrem Wert gemindert. In diesem Bereich ist ein Wettrennen grossen Stils im Gange. Die Modernisierung unserer Armee muss diesem Umstand Rechnung tragen. Die wieder entstehende Rüstungsindustrie muss hier technologisch mithalten können. Wir müssen Tausende von Drohnen für Aufklärung und Kampfeinsatz beschaffen – von Kurzstreckenmodellen bis zu Drohnen, die Hunderte von Kilometern in den gegnerischen Raum eindringen können. Die Ankündigung des Chefs der Armee, dass die RUAG Tausende von Drohnen zu bauen in der Lage sein müsse, zeigt, dass die Schweizer Armee das Problem erkannt hat. Wir müssen die entsprechende Technologie (vor allem über die ETHZ in Zürich und die EPFL in Lausanne) entwickeln lassen und dann diese Geschosse zu Tausenden beschaffen.

Wir benötigen industrieseitig die entsprechenden Produktions- und Entwicklungskapazitäten. Politische Widerstände (z. B. der Grünen und Teilen der SVP) müssen überwunden werden.

«Die Ankündigung des Chefs der Armee, dass die RUAG Tausende von Drohnen zu bauen in der Lage sein müsse, zeigt, dass die Schweizer Armee das Problem erkannt hat.»

Die Verteidigung gegen diese indirekte, asymmetrische und verdeckte Kriegführung gegen uns muss mit Gegenmassnahmen beantwortet werden, die Putin wirklich schmerzen. Dazu gehört erstens eine Beteiligung an der anhaltenden Waffen-, Ausbildungs- und Finanzhilfe Europas und der NATO an die Ukraine – und zwar in einem Umfang, der dieser erlaubt, bis Ende 2025 (und wenn nötig darüber hinaus), durchzuhalten – also bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die russische Kriegswirtschaft in eine Krise eintreten dürfte. Die Schweiz darf hier nicht abseitsstehen.

Zweitens muss die russische Wirtschaft wirksam getroffen werden. Dazu gehört ein Embargo an moderner Technologie. Es bedarf einer geschlossenen westlichen Strategie im Bereich der elektronischen Mittel und der künstlichen Intelligenz, die dem Westen einen entscheidenden Vorsprung vor Moskau und Beijing sichert.

Besonderes Gewicht haben jene Sanktionen, die die russischen Verkehrsmittel treffen. Die Fluggesellschaften müssen einen immer grösseren Teil ihrer Maschinen am Boden belassen und als Ersatzteillager auschlachten. Kürzlich haben die Staatsbahnen Putin darüber informiert, dass sie mangels Ersatzteilen (vor allem an Kugellagern) die Produktion von Lokomotiven stark reduzieren müssen – was ihren Betrieb bald drastisch einschränken dürfte. Das trifft die Streitkräfte und Putin hart. Die bestehenden Fronten haben schon seit längerer Zeit Mühe, ihre logistischen Probleme zu bewältigen. Der überraschende ukrainische Vorstoss in den Kursk-Oblast führt nun das gesamte russische Eisenbahnnetz in Richtung eines Zusammenbruchs. Die Evakuierung von Zivilbevölkerung und Flüchtigen ist als politisch relevantes Problem zu

nennen. Jedes Scheitern Putins in dieser Frage würde ihn politisch schwer schaden. Es gilt, Einheiten in den Raum von Kursk zu verschieben (und zu versorgen), die die ukrainische Offensive stoppen sollen. Putin und die Armee verteidigen zudem nicht einen x-beliebigen Ort in Russland, sondern einen Landstrich, in dem die Rote Armee Hitlers Invasionstruppen in einer mehrwöchigen Entscheidungsschlacht, an der auf beiden Seiten insgesamt mehr als 6000 Panzer teilnahmen, schliesslich entscheidend besiegte. Putin ist sich dessen bewusst. Er wird alles daran setzen, damit Russland die neue Schlacht von Kursk nicht verliert. Putins verklärtes Geschichtsbild gibt der Ukraine die Möglichkeit, ihn zu einer Reaktion zu zwingen, die in keinem Verhältnis zur taktisch-operativen Bedeutung des Angriffsziels steht.

Der bevorstehende Kollaps der russischen Eisenbahnen ist ein gutes Beispiel dafür, dass Sanktionen während längerer Zeit als wirkungslos erscheinen – nur, um dann nach einem kritischen Kipppunkt zum Zusammenbruch wichtiger Sektoren zu führen.

Dazu gehört aber auch ein Strauss neuer Sanktionen, der Russlands Staatseinkommen direkt trifft. Dabei steht eine weitere Drosslung von Moskaus Rohstoffexporten, die Putin täglich Hunderte von Millionen USD in die Kasse spülen, im Vordergrund. Sie bilden das Gros seiner Staatseinnahmen. Es stünde in der Macht der Schweiz, mit einer restriktiven Praxis auf diesem Gebiet, Russland schweren Schaden zuzufügen. Die Schätzungen der Fachleute gehen zwar auseinander, wenn es darum geht, den Wert der russischen Rohstoffexporte über Schweizer Firmen zu bestimmen. Die Zahlen reichen von 40 Prozent bis 80 Prozent des russischen Rohstoffhandels. Ein Grossteil der russischen Exporte von Gold, Aluminium, Getreide, Erdöl und Erdgas wird in der Tat über Firmen in Zug, dem Tessin und in Genf abgewickelt. Wir müssen unsere Politik in diesem Bereich überdenken. Die betroffenen Firmen agieren vorsichtig, um nicht internationale Kritik und eine ganze Lawine von amerikanischen Sammelklagen auszulösen. Ihnen kommt zugute, dass die EU den Handel in dieser Warenkategorie mit Russland nicht abbre-

«Putins verklärtes Geschichtsbild gibt der Ukraine die Möglichkeit, ihn zu einer Reaktion zu zwingen, die in keinem Verhältnis zur taktisch-operativen Bedeutung des Angriffsziels steht.»

chen will. Einzelne Projekte haben aber heftige Reaktionen ausgelöst – allen voran die Pipeline durch die Ostsee nach Deutschland. EU-Ratspräsidentin von der Leyen hat der Ukraine aus der Zinsmasse, welche die beschlagnahmten russischen Vermögenskomponenten generieren, eine erste Tranche von total 1,5 Milliarden USD zugesprochen. Der Westen wird uns sicherlich anhalten, auch aus in der Schweiz eingefrorenem russischen Staatsvermögen beträchtliche Mittel zur Stärkung der ukrainischen Armee und zum Wiederaufbau der schwer geschädigten

Infrastruktur des Landes freizugeben. Die Juristen haben eine Schweizer Beteiligung im Namen des Bundesrates bereits kategorisch abgelehnt. Der Bundesrat sollte aber nochmals über die Bücher. Wir dürfen nicht stets einen Sonderfall für uns in Anspruch nehmen (bei dem wir dann auch noch erheblichen Gewinn machen). Wir sollten eine klare Vorstellung haben, ob und wie wir auf einen internationalen Druck, mit dem wir in diesem Bereich rechnen müssen, reagieren wollen.

Die Schweiz darf auch nicht das Schlusslicht der westlichen Geberländer zugunsten der Ukraine sein. Es erscheint politisch wichtig (und ratsam) sich im Mittelfeld zu befinden.

Tun wir nichts, wird Putin den Krieg gegen die Ukraine gewinnen, seine Streitkräfte regenerieren und einen Angriff auf exponierte NATO-Staaten vorbereiten: Litauen, Estland und Lettland, Schweden (Gotland) und Finnland, Moldawien und Polen. Putin wird nicht freiwillig aufhören. Die durch die Kriegswirtschaft angekurbelte Produktion an Rüstungsmaterial wird nach einem eventuellen Sieg über die Ukraine kaum zurückgefahren werden, sondern es wird weiter auf Hochtouren produziert werden. Dies würde ihm schon bis 2030 eine Panzerflotte von vermutlich bis zu 3000 modernen und 8000 aufgefrischten ehemaligen Sowjettanks in die Hände geben. Dem hätte die NATO im Baltikum und in Nordeuropa nichts Gleichwertiges entgegenzustellen. Dies gilt es zu verhindern.

Eine Nuklearmacht konventionell zu besiegen ist nicht einfach – und bleibt hochgefährlich. Die Führung im

Kreml als unfähig zu entlarven, ist da schon wesentlich einfacher. Putins Nachfolger werden nicht besser – und schon gar nicht weniger gefährlich – als Putin sein. Wir stehen vor einer lang anhaltenden Herausforderung.

«Wir stehen vor einer lang anhaltenden Herausforderung.»

Wir sind in der Lage, uns zu wehren. Und wir sollten das auch tun. Putin ist alles andere als unbesiegbar. Wir dürfen uns von ihm und seinem Regime nicht beeindrucken oder gar unterkriegen lassen. ◆

Endnoten

1 «Weltmacht in Bedrängnis. Probleme der Sowjetunion in der 80er Jahren», in «Internationale Wehrrevue», Interavia, Genf, 1981, Seiten 263–274 und «The Soviet Union» in «Strategic Survey 1980–1981», IISS, London, p. 46–48.

«Wir sind in der Lage, uns zu wehren. Und wir sollten das auch tun.»